

p.B.15.11.Bophut.-KH/hg

3003 Bern, den 22. November 1977

a/a

Notiz für Herrn Bundesrat Graber

Südafrika wird am kommenden 6. Dezember erneut einem "Homeland" die "Unabhängigkeit" verleihen: Bophuthatswana. Wie schon im Falle der Transkei, glauben wir, das neue Gebilde nicht als Staat anerkennen zu sollen. Denn wiederum ist die Gewährung der "Unabhängigkeit" nichts anderes als eine Aussonderung von bestimmten Gebieten aus der Republik Südafrika mit dem Zweck, die dort niedergelassenen Schwarzen zu "Ausländern" gegenüber den Bürgern der RSA zu erklären und auf diese Weise ein Alibi dafür zu schaffen, dass ihnen die Gleichberechtigung zu den Einwohnern der RSA - wo diese Schwarzen weiterhin ihre Arbeitsplätze haben - nach wie vor verweigert wird.

Eine Anerkennung Bophuthatswanas als unabhängigen Staat käme somit, wie im Falle der Transkei, einer ausdrücklichen Billigung der Apartheidpolitik gleich.

Andererseits richtet sich die Nicht-Anerkennung natürlich nicht primär gegen Bophuthatswana, sondern eben gegen die Apartheidpolitik. Aus diesem Grunde gedenken wir, wie im Falle der Transkei, private wirtschaftliche Kontakte von Vertretern Bophuthatswanas in der Schweiz nicht zu verhindern.

Sollte die Apartheidpolitik der RSA je im Sinne demokratisch-menschenrechtlicher Postulate überwunden werden, könnten wir unsere Haltung, neuen Voraussetzungen entsprechend, neu überdenken.

Das EPD gedenkt, unter diesen Umständen dem Bundesrat keinen Antrag auf Anerkennung Bophuthatswanas zu unterbreiten.

Politische Direktion
i.A.

Iselin
(Iselin)